INTERNATIONALES

MENDES-FRANCE

Der verschwundene Satz

Paul Reynaud, zur Zeit Vorsitzender der Finanzkommission der französischen Nationalversammlung, nannte die Politik des Pierre Mendès-France ein Pokerspiel, als er vor der Kammer über das Wirtschaftsprogramm der Regierung sprach. Der Ministerpräsident forderte Vollmachten auf acht Monate für die Modernisierung von Industrie, Handel und Landwirtschaft.

In der Abstimmung über das Programm siegte Mendès-France am Dienstag der letzten Woche eindrucksvoll. Das Parlament entschloß sich zu dem gewagten Spiel, das — wie Reynaud meint — Frankreichs wirtschaftliche Gesundung mit Einsparungen am Militär-Etat erkaufen will und damit die von der Regierung angestrebte, aber bei weitem noch nicht erreichte allgemeine Befriedung der Welt in gefährlicher Weise vorwegnimmt.

Die vorwiegend von biederem Mittelstand bevölkerte Arena des Palais Bourbon hat an der zuweilen halsbrecherischen politischen Artistik des Pierre Mendès-France Gefallen gefunden.

Sein Ruf überstand sogar eine jüngst aufgekommene Affäre, die einem Taschenspielertrick mindestens verdächtig ähnlich sieht: Am Nachmittag jenes 23. Juli, an dem der Premier sich dem Parlament zur Debatte über das Ergebnis seiner Genfer Verhandlungen stellte, gestikulierte auf der Rednertribüne des Hauses nervös und offensichtlich gereizter Stimmung Georges Bidault. Als Vorgänger des Mendès-France im Außenministerium warf er der Regierung vor, sie habe in Genf die indochinesischen Freunde Frankreichs im Stich gelassen: Sie habe der Neutralisierung nicht nur der Staaten Laos und Kambodscha, sondern auch der im Waffenstillstand den Franzosen zugefallenen Südzone von Vietnam zugestimmt und diese Gebiete folglich hilflos dem Kommunismus ausgeliefert.

An dieser Stelle meldete sich der Premier selbst zu Wort. „Sie irren sich", sagte er, zu Bidault gewandt, „keiner der drei Staaten wird neutralisiert."

Der Einwand von der Regierungsbank brachte Bidault völlig aus der Fassung. Er blätterte ratlos in seinem Manuskript, legte schließlich sechs Seiten ungelesen beiseite und beendete seine Rede überstürzt und mit so leiser Stimme, daß man ihn auf den hinteren Bänken kaum noch hören konnte.

Mendès-France hatte sich bei seinem Einwand auf den von der offiziösen französischen Nachrichtenagentur vor der Sitzung der Nationalversammlung verbreiteten Text der Genfer Vereinbarungen stützen können. In dieser — von der französischen Regierung selbst der Agentur übergebenen — Fassung hieß es zur Frage des zukünftigen internationalen Status von Südvietnam unter anderem:

- Die Waffenstillstandspartner hätten darüber zu wachen, „daß die ihnen zugeteilten Zonen nicht für die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten oder im Dienste einer aggressiven Politik verwendet werden".

Dieser Text war unvollständig, mithin falsch — oder, wie die Gegner des Mendès-France sagen, bewußt gefälscht. Es fehlte in ihm ein Nebensatz. Der vollständige Text der Genfer Vereinbarungen besagt,

Macht-Poker: **Mendès-France**
Fälschertricks im Spiel?

- die Parteien hätten darüber zu wachen, „daß die ihnen zugeteilten Zonen nicht *irgendeiner Militärallianz angeschlossen* und nicht für die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten oder im Dienste einer aggressiven Politik verwendet werden":

Der in dem France-Presse-Text ausgelassene Nebensatz „. . . nicht irgendeiner Militärallianz angeschlossen werden . . ." nimmt Südvietnam das Recht, der von den Westmächten geplanten Südostasiatischen Verteidigungsorganisation (Seato) beizutreten. Er bedeutet also praktisch das, was Georges Bidault in der Debatte vom 23. Juli behauptet, Pierre Mendès-France aber ausdrücklich bestritten hatte, nämlich die Neutralisierung der französischen Südzone Vietnams*.

Georges Bidault hatte jüngst die magere Genugtuung, seinen Amtsnachfolger in einer schriftlichen Eingabe nach dem verschwundenen Nebensatz peinlich zu befragen. Der antwortete nonchalant, es habe sich um einen „materiellen Irrtum" gehandelt.

ISLAM

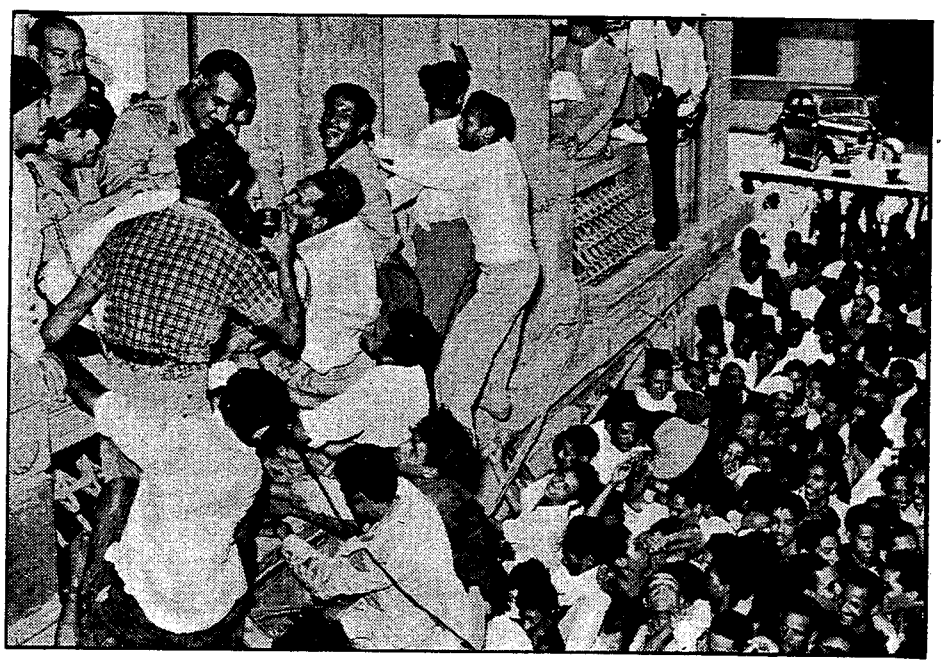
Ein Brandherd ging aus

Michael A. Susslow, ehemals einer der Privatsekretäre des Wissarionowitsch Stalin und jetzt Mitglied im Zentralsekretariat der Kommunistischen Partei der Sowjet-Union, erfreut sich unter den Moskauer Korrespondenten des Westens wegen seines stets betont peniblen Anzuges einer gewissen Beliebtheit. Letzte Woche aber berichtete einer dieser Korrespondenten von einer schief am Halse Susslows sitzenden, nachlässig gebundenen Fliege. Der Korrespondent strapazierte seine Beobachtung mit der Schlußfolgerung, daß die islamische Politik der Sowjet-Union in Schwierigkeiten geraten sei.

Der lang aufgeschossene und etwas schmalbrüstige Susslow ist nämlich der Chefplaner der kommunistischen Propaganda im islamischen Siedlungsgebiet. In den letzten Wochen aber hat der Kreml zwischen Tunis und Abadan ein paar ärgerliche Rückschläge erlitten. Am Mittelmeer und am Persischen Golf ging eine Reihe von Brandherden aus, um deren nationalistische Hitzegrade sich bislang Susslows agitatorische Blasebalgtreter hatten verdient machen können.

In den letzten Tagen des Monats Juli verlöschte in Kairo der seit 72 Jahren abwechselnd schwelende und hell aufflammende englisch-ägyptische Konflikt. Vier

* Der Status der beiden anderen indochinesischen Staaten Laos und Kambodscha ist unklar. Die Genfer Vereinbarung verbietet ihnen Militärbündnisse, die den Grundsätzen der Uno widersprechen — wobei neben einer Reihe anderer Wenn und Aber die Frage übrigbleibt, welche Art von Militärbündnissen „mit den Grundsätzen der Uno unvereinbar" sind.



Neuer Geist im Nahen Osten: **Nasser** im Suez-Jubel

Tage später — nämlich am 31. Juli — riß Ministerpräsident Pierre Mendès-France die brennende Lunte aus dem Pulverfaß Tunis. Er versprach dem Bey innere Autonomie, und die seit Wochen immer bedrohlicher anschwellende Terrorwoge ebbte ab.

Es vergingen fünf Tage, bis in Susslows Kreml-Büro die Botschaft eintraf, daß der iranische Finanzminister Dr. Ali Amini, Englands Botschafter Sir Roger Stevens und der Vizepräsident der amerikanischen Standard Oil Company, Howard Page, in Teheran zwei Übereinkommen unterzeichnet hatten, die den vor rund drei Jahren von Dr. Mohammed Mossadegh entzündeten Konflikt um das Öl von Abadan endlich erstickten.

Die eindrucksvolle Reihe dieser Ereignisse — von Washington zum großen Teil und nicht zu Unrecht als Erfolge der amerikanischen Außenpolitik in Anspruch genommen — setzte sich in nicht minder bedeutsamen Vorgängen fort: Am Montag der letzten Woche besiegelten in Marschall Titos Sommerresidenz Bled die balkanischen Staaten Jugoslawien, Griechenland und die Türkei den Entschluß, einander im Falle einer sowjetischen Aggression zur Hilfe zu kommen. Das militärische und politische Rückgrat des Nahen Ostens — die Türkei — ist damit stärker geworden.

Knapp eine Woche vorher war in Bagdad, der Hauptstadt des Irak, ein alter Freund Englands als Ministerpräsident in den Regierungspalast zurückgekehrt. Nuri es-Said befürwortet den Beitritt seines Landes zu dem am 2. April geschlossenen türkisch-pakistanischen Freundschaftsvertrag. Dieser Vertrag ist von seinem amerikanischen Initiator John Foster Dulles unzweifelhaft als der Vorläufer einer regionalen antisowjetischen Verteidigungsorganisation gedacht, als deren Mitglieder neben der Türkei und Pakistan der Iran und Irak ausersehen sind.

Noch im Mai hatte Susslows amerikanischer Gegenspieler auf dem orientalischen Schachbrett, der Leiter der Nahost-Abteilung im Washingtoner Außenministerium, Henry A. Byroade, angesichts der wachsenden kommunistischen Agitation in Ägypten, dem Irak, Libyen, Tunis und Marokko davor gewarnt, sich durch die fernöstlichen und europäischen Probleme von der Beobachtung des Orients ablenken zu lassen. Neuerdings versicherte er amerikanischen Korrespondenten vergnügt, daß im Nahen Osten „new spirit" — ein neuer Geist — festzustellen sei. Und im Kasino des State Department reizten seine jungen Mitarbeiter ihre Kollegen von der Fernost-Abteilung mit dem Hinweis, daß ihrem Chef Henry Byroade gelungen sei, was die amerikanische Außenpolitik in Indochina offenbar nicht fertiggebracht habe: den europäischen Kolonialismus so rechtzeitig zurückzudrängen, daß die Voraussetzungen für einen eigenständigen asiatischen Widerstand gegen den Kommunismus erhalten bleiben.

Eben dies — „die Evolution Asiens vom Kolonialismus zu nationaler Unabhängigkeit" — hatte John Foster Dulles nach der Beendigung der Genfer Konferenz als das wichtigste Anliegen der amerikanischen Außenpolitik in Asien bezeichnet. Nur so könne die Loyalität der asiatischen Völker im Kampfe gegen den Kommunismus gewonnen werden.

Amerikas Nahost-Optimismus („New York Times": „Vor einem Jahr sah alles noch so schlimm aus") wird allerdings im Westen nicht überall geteilt. In London trauert man um die am Suez-Kanal ramponierte Empire-Glorie, in Paris sorgt man sich um das zukünftige Schicksal der Franzosen in Tunis, und auch sonst liegt am Ufer des Mittelmeeres noch eine Menge

Mouson Lavendel

Mit der Postkutsche

(Eingetragenes Warenzeichen)

auch in fester Form als

Lavendozon

Mouson Lavendel-vergiß es nie – schenkt Freunde Dir und Sympathie

MOUSON-Erzeugnisse sind auch in Österreich, der Schweiz, den Beneluxstaaten, Skandinavien und in etwa 50 anderen Ländern der Welt in **Originalqualität** zu haben.

BEI DARMTRÄGHEIT
DRIX Dragee
aus dem Edelextrakt von
Dr. Ernst Richters Frühstücks-Kräutertee.
40 Stück 1,55, 100 Stück 2,25 DM
In Apotheken und Drogerien
Gratisprobe: HERMES, München-Großhesselohe X 19

Honi soit qui mal y pense.
Kdese
BALL
PARADOX
Die reizendste Angelegenheit
in Hamburg
Das große festliche Haus an der Reeperbahn

Das
DEHNBARE
VERSCHLUSSLOSE
UHRARMBAND
Elastofix O
AS
VON
RW
für die Dame
und den Herrn
KAUFEN SIE NUR DAS
UHRARMBAND
«Elastofix O»
(ges. gesch.)
UND NICHTS
ÄHNLICHES
ERHÄLTLICH IN GOLDANKER-
WALZGOLD - DOUBLEE, EDEL-
STAHL UND 14 KARAT GOLD
IN ALLEN FACHGESCHÄFTEN

Kleinholz als Material für neuerliche politische Brände:

- Die Marokkaner möchten den von den Franzosen im vorigen Jahr abgesetzten Sultan Mohammed V. aus seinem Exil auf der Insel Madagaskar heim ins Scherifenreich holen,
- alte Streitigkeiten zwischen England, Griechenland und der Türkei um die unter britischer Hoheit stehende Insel Cypern drohen wieder aufzuleben, und
- der bedrohlichste Riß in der nahöstlichen Einheit — und damit der wichtigste Ansatzpunkt von Michael Susslows Kss-Kss-Machern im Orient — ist

Blasebalg der schwelenden Konflikte
Moskaus Nahost-Spezialist **Susslow**

geblieben: der israelisch-arabische Konflikt.

Der Konflikt hat sich sogar eher noch vertieft. In Neu-Jerusalem, dem israelischen Teil der zwei-geteilten Stadt, fürchtet man, daß der Bereinigung der Suez-Frage nach einiger Zeit amerikanische Waffenlieferungen für Ägypten folgen werden, und tatsächlich machte Ägyptens Ministerpräsident Abd el-Nasser eine vorsichtige Andeutung in dieser Richtung: „Eine Politik der Neutralität ist nur für eine starke Nation durchführbar, Ägypten aber ist schwach." Israels Ministerpräsident Mosche Scharett schickte seinen jungen, „wie Hannibal" einäugigen Generalstabschef Mosche Dajan nach Europa, um im Nato-Hauptquartier in Paris klarzumachen, daß die Bewaffnung der Araber ohne vorherige Bereinigung des israelisch-arabischen Konfliktes zu unabsehbaren Folgen führen könne.

Gleichwohl aber wird man sich nunmehr im Kreml überlegen müssen, ob sich die noch von Stalin eingeleitete Politik, den antiisraelischen Haß der Araber auszubeuten, auf die Dauer für die Sowjet-Union auszahlt. Der Ausgang des Streits um das persische Öl und um die Suezkanal-Zone hat gezeigt, daß die gerissenen arabischen Politiker zwar gern bereit sind, den Kommunismus als Bubu-Mann für ihre Zwecke einzuspannen, letzten Endes aber doch vorziehen, in der Reichweite amerikanischer Dollars und Fernbomber zu bleiben.

PERSIEN-ÖL

Ohne goldenen Briten-Löwen

Es war ein und dieselbe Nachricht, die Präsident Eisenhower veranlaßte, ein Glückwunschtelegramm an den Schah von Persien zu schicken, die an der Londoner Börse Aktien der „Anglo-Iranian Oil Company" um zwanzig Prozent in die Höhe trieb und die in persischen Wüstenzelten Tausende ehemaliger Ölarbeiter zum Rückzug nach Abadan ermunterte. Die Nachricht: In Teheran ist über die iranischen Ölfelder Einigung erzielt.

In dem gepflegten Garten des Elahijeh-Palastes bei Teheran hatten der persische Finanzminister Dr. Ali Amini und der Vizepräsident der amerikanischen Standard Oil Company, Howard N. Page, ein Abkommen unterzeichnet, das nach dreijährigem Stilliegen der Ölfelder eine Wiederaufnahme der Produktion einleiten soll. Die Vereinbarung sieht eine Abfindung für die britische Anglo-Iranian vor, die von 1909 an Eigentümerin der Felder und Raffinerieanlagen gewesen war, bis der iranische Tränen-Premier Mossadegh das Unternehmen 1951 zugunsten des Staates enteignete.

Obwohl die Vorbereitungsarbeiten bereits begonnen haben, wird es noch einige Zeit dauern, bis der schwarze Ölstrom am Kai von Abadan wieder fließt. Das unterzeichnete Abkommen muß noch vom persischen Parlament gebilligt werden. Erst dann kann das aus acht internationalen Ölfirmen bestehende Konsortium mit seinen beiden neugegründeten Betriebsgesellschaften das Ölgeschäft in Persien wiederaufnehmen.

In dieser internationalen Gesellschaft wird die Anglo-Iranian nur noch einen Anteil von 40 Prozent besitzen. Weitere 40 Prozent gehen auf fünf amerikanische Gesellschaften über, die ihre Chance genutzt haben, um in Persien Fuß zu fassen. 14 Prozent der Anteile erhält die holländisch-britische Royal-Dutch-Shell-Gruppe, und die restlichen 6 Prozent gehen an eine französische Gesellschaft.

Das Abkommen legalisiert die von Persien vollzogene Verstaatlichung, überträgt aber dafür die Ausbeutungsrechte auf die neugebildete Gesellschaften-Gruppe. Im einzelnen ist vereinbart:

- Das Eigentum an den Ölfeldern und an der Raffinerie Abadan bleibt bei der Nationalen Iranischen Ölgesellschaft, also im Besitz des persischen Staates.
- Die neue internationale Gruppe erhält bis 1994 die Ausbeutungs- und Bearbeitungsrechte am iranischen Erdöl. Die künftigen Gewinne gehen je zur Hälfte an den persischen Staat und an die Gesellschaften-Gruppe.
- Als Entschädigung für die staatliche Enteignung erhält die Anglo-Iranian-Gesellschaft 25 Millionen Pfund Sterling (294 Millionen Mark), die in zehn Jahresraten gezahlt werden.

Persiens Unterhändler, Dr. Amini, hat damit erreicht, daß sein Land die auf fast vier Milliarden Mark geschätzten riesigen Anlagen und Ölleitungen praktisch gegen ein Trinkgeld in Besitz nehmen beziehungsweise behalten kann. Den weitaus größeren Teil der Entschädigung für die britischen Verluste in Persien zahlen — nach langen, zähen Verhandlungen — Englands Partner in dem neuen Geschäft: die sieben internationalen Ölgesellschaften. Der Betrag, den sie den Briten als Entgelt für die Beteiligung an der künftigen Ausbeute zugestanden haben, wird auf fast 2,5 Milliarden Mark veranschlagt.

Mit dieser Summe bezahlen die großen Ölfirmen nicht nur das Recht auf einen